

# Pulsnitzer Anzeiger

## Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 45 Rpf., bei Lieferung frei Haus 50 Rpf. Postbezug monatlich 2.30 RM. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Anzeigenpreise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 3 (in unseren Geschäftsstellen erhältlich). Bei Konkurs



und Zwangsvergleich wird der für Aufträge etwa schon bewilligte Nachlass hinfällig. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann und E. L. Förster's Erben. Verantwortlich für Textliches u. Sächssches, Unterhaltungs- u. Sport u. Anzeigenteil Karl Hoffmann, Pulsnitz, für Politik und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz, D. A. XII.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstr. 2 u. Adolf-Gitler-Str. 4. Fernruf 518 u. 550.

Das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Finanzamtes zu Ramenz des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 12

Mittwoch, den 15. Januar 1936

88. Jahrgang

# Deutschland in der Weltwirtschaft

Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler in Stockholm

Der Oberbürgermeister der Messestadt Leipzig, Dr. Goerdeler, hielt in einer Veranstaltung der deutschen Handelskammer in Schweden in Stockholm einen Vortrag über „Preise und Wirtschaft“, der mit größter Beachtung und Beifall aufgenommen wurde.

Dr. Goerdeler führte unter anderem aus: Die Handelsverträge hätten in den letzten Jahren vielfach die Form von Berechnungsabkommen angenommen oder sich mit solchen verbunden. Deutschland habe sich zu dieser Form nicht entschlossen, um etwas Neues schaffen zu wollen, sondern weil ein Land ohne Gold gar keine andere Möglichkeit habe, den naturnotwendigen Ausgleich zwischen Einfuhr und Ausfuhr unter Sicherstellung seines Schuldendienstes herbeizuführen. Wohlfahrt und Kultur in der Welt hingen davon ab, daß die Völker ihre besten Leistungen miteinander austauschen könnten. Die gewaltige Entwicklung des Verkehrs verlange entweder große Wirtschaftsräume mit einheitlichem Wirtschaftsrecht oder anderweitige Sicherung des Kreislaufes der Ware; ein solcher Kreislauf sei gleichbedeutend mit möglichst freiem Handel. Dieser Handel sei nur denkbar, wenn die Währung der am Weltverkehr teilnehmenden Völker für einen langen Zeitraum klar und unabänderlich aufeinander abgestimmt seien, und wenn eine sichere Rechtsordnung die Grundlage des notwendigen Vertrauens schaffe. Zu diesem Ziel, das nur bei gegenseitiger Achtung der politischen Lebensbelange errichtet werden könne, sollten sich alle Völker vereinigen.

Die Stockholmer Abendpresse veröffentlicht längere Unterredungen mit Dr. Goerdeler, worin diese auch auf die große Bedeutung und Stellung der Leipziger Messe im Wirtschaftsleben nicht nur Deutschlands hinwies. Sogar im Fernen Osten, in Handelskreisen der Mongolei zum Beispiel, sei die Messe bekannt. Dann sprach er von den vielen gemeinsamen Erinnerungen, die Leipzig und seine Umgebung mit Schweden aufzuweisen hätte. Indessen sei Leipzig nicht nur die große Messestadt sondern im gleichen Maß auch ein Mittelpunkt des deutschen Buchverlages.

### Leiter der Reichsanstalt für das deutsche Bäderwesen

In der Wilhelm-Universität in Breslau fand die Einführung des Leiters der Reichsanstalt für das deutsche Bäderwesen, Professor Dr. Vogt, durch Dr. Friede als Vertreter des Reichserziehungsministeriums statt. Neben dem Lehrkörper der Universität hatten sich die führenden Persönlichkeiten aus der Provinzial- und Kommunalverwaltung, aus der Partei und ihren Gliederungen eingefunden und viele Kurdirektoren und Aerzte.

Die Bedeutung der Errichtung der Reichsanstalt wurde von dem Präsidenten des Reichsfremdenverkehrsverbandes, Staatsminister Esser, eingehend gewürdigt. Professor Dr. Vogt kündigte die Uebertragung eines neuen Ordinariats der Medizinischen Fakultät für Bäder- und Klimakunde an den Leiter der Reichsanstalt an.

### Die englisch-französischen Vereinbarungen

Im Ostafrika-Konflikt wird nach den aus London und Paris vorliegenden Meldungen eine neue Entwicklung vor der Tagung des Völkerbundesrates am 20. Januar nicht mehr erwartet. Was die Ratstagung selbst betrifft, ist man in Paris der Ansicht, daß sie weder einen neuen Versuch zur Herstellung des Friedens noch eine Erweiterung der Sühnemahnahmen gegen Italien bringen wird. Beachtung wird von der Auslandspresse einem Besuch geschenkt, den der italienische Botschafter Cerutti dem französischen Ministerpräsidenten Laval abgestattet hat. Die Londoner Presse erwartet von Mussolini eine nachgiebige Haltung sowie die Zustimmung zur Entsendung eines Völkerbundsdelegationskommissars, der an Ort und Stelle die Ursachen des Krieges, die Art der Kriegführung und die Möglichkeiten eines Friedensschlusses prüfen soll.

In Vorbereitung der Genfer Tagung finden in Paris und in London Kabinettsitzungen statt. Im französischen Kabinett, das bereits getagt hat, erstattete Ministerpräsident Laval einen ausführlichen Bericht über die politische Lage. Im englischen Kabinett, das am heutigen Mittwoch tagt, will nach einer Ankündigung des „Daily Telegraph“ Außenminister Eden seine Ministerkollegen um den Auftrag bitten, „alle Bemühungen zur Anwendung der kollektiven Sicherheit zu verdoppeln, damit dieses System allen Ansprüchen der Zukunft Widerstand leisten könne.“

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ berichtet über Einzelheiten der englisch-französischen Bestandsabmachungen im Zusammenhang mit der Lage im Mittelmeer. Aus Angaben „von völlig zuverlässiger Seite“ gehe hervor, daß die Besprechungen zwischen den englischen und französischen Stäben lediglich zu „sehr spärlichen Arbeitsabmachungen“ geführt hätten, auf die sich England verlassen könnte, wenn es im Mittelmeer oder in der Nähe des Mittelmeeres angegriffen würde. Anscheinend seien keinerlei Vereinbarungen für eine Zusammenarbeit auf irgendeinem anderen Gebiet getroffen worden.

Was die Flottenzusammenarbeit betreffe, so würde England das Recht erhalten, französische Flottenstützpunkte, Docks und Werkstätten zu benutzen. In Frankreich habe man ernste Zweifel geäußert, ob nicht sogar diese Maßnahmen zu Unruhen der französischen Arbeiter in den betroffenen Häfen führen könnten. Es sei klargemacht worden, daß eine automatische Hilfeleistung der französischen Flotte nicht in Frage komme, da das Kabinett nicht bereit wäre, um die Zustimmung des Parlamentes zu der erforderlichen allgemeinen Mobilmachungsverordnung nachzusuchen.

Aus demselben Grunde würde auch die französische Armee nichts weiteres tun, als sich in den vollständigen Verteidigungszustand zu versetzen. Dies könne durch eine Regierungsverordnung bewirkt werden, durch die die beiden letzten Rekrutenjahrgänge zu den Waffen zurückgerufen würden.

Eine solche Verordnung würde es ermöglichen, daß die zur Besetzung aller französischen Grenzen erforderlichen Divisionen in voller Kriegsstärke sein würden. Die französische Armee würde jedoch nicht in der Lage sein, irgendwelche Operationen über die Landesgrenzen hinaus ohne einen allgemeinen Mobilmachungsbefehl durchzuführen.

### Französischer Signaldienst für Englands Luftflotte

Für die Zusammenarbeit in der Luft hätten die Stäbe nicht mehr vereinbaren können, als die Signaldienste der französischen Luftflotte dem britischen Luftfahrtministerium zur Verfügung zu stellen. Der Zweck dieser Maßnahme bestehe darin, die Engländer so früh wie möglich davon zu unterrichten, wenn feindliche Flugzeuge in Richtung England über Frankreich fliegen sollten.

Die Erkenntnis, daß die praktische Unterstützung, auf die England rechnen könne, über die genannten Abmachungen nicht hinausgehen würde, habe, so schließt der diplomatische Korrespondent, zu der gegenwärtigen Ansicht geführt, daß die Völkerbundsstaaten „sich für einen Frieden“ mühten, wenn man auf kollektive Sicherheit in Zukunft rechnen wolle.

# Japan verläßt die Flottenkonferenz

Unüberbrückbare Gegensätze

Die Lage auf der Flottenkonferenz in London hat sich weiter zuspitzt. Wie verlautet, hat die japanische Flottenabordnung den Beschluß gefaßt, die Flottenkonferenz zu verlassen. Die Entscheidung der Japaner wird als endgültig bezeichnet. Ob Japan in London einen Beobachter zurücklassen wird, ist im Augenblick noch ungewiß.

Wie weiter verlautet, wird die japanische Abordnung ihren Austrittsbeschluß, von dem sie bereits am Vortage der englischen Abordnung Mitteilung gemacht hat, in der nächsten Vollziehung der fünf Delegationen amtlich bekanntgeben. Der Entschluß der Japaner wurde nach Einzelverhandlungen gefaßt, an denen auch der englische Außenminister Eden teilnahm. Zunächst hat man nun in London die bereits für Freitag vergangener Woche vorgesehene und seitdem dreimal vertagte Sitzung der Konferenz erneut kurzfristig hinausgeschoben. In den letzten 24 Stunden fand lediglich eine gemeinsame Besprechung der Abordnungen Englands und der Vereinigten Staaten statt, in der die Entscheidung Japans und die Zukunft der Flottenkonferenz erörtert wurde.

Die japanischen Zeitungen sprechen nach den aus Tokio vorliegenden Meldungen bereits vom „Abbruch der Flottenkonferenz“. Aus japanischen Marinereisen hört man, die Konferenz habe „unüberbrückbare Gegensätze“ zwischen Japan und England sowie den Vereinigten Staaten ergeben. Eine klare Lösung sei nunmehr unumgänglich gewesen. Man solle die Lage nicht beschönigen. Die Fünfmächtekonferenz sei beendet. Japan sei nicht unmittelbar daran interessiert, was die vier Mächte nun tun werden.

### Japanischer Einspruch gegen die Fortführung der Londoner Tagung als Viermächtekonferenz

London, 14. Januar. Wie „Press Association“ erfährt, hat die japanische Flottenabordnung gegen die Fortführung der Verhandlungen als Viermächtekonferenz den juristischen Einspruch erhoben, daß die Bedingungen eines Fünfmächtevertrages nicht von einer Viermächtekonferenz festgelegt werden könnten. Die britischen und die amerikanischen Juristen erkannten jedoch diesen Einwand nicht als stichhaltig an.

Der japanische Admiral Nagano erklärte einem englischen Pressevertreter gegenüber, Japan habe den ernstlichen Wunsch, die internationale Lage nicht zu be-

schlechtern. Nach japanischer Auffassung bedeute ein Ausscheiden Japans nicht ein Rüstungswettrennen. Japan beabsichtige nicht, seine Flotte bis zur Größe der Flotten Englands oder Amerikas aufzurüsten, obgleich das derzeitige amerikanische Bauprogramm, das den gegenwärtigen Flottenvertrag voll ausnütze, in Japan Beunruhigung verursache. Solange nicht die anderen ein Flottenwettrennen hervorriefen, werde sich auch Japan zurückhalten. Gleichzeitig müsse betont werden, daß sich die Flottenverträge von Washington und London für die Verteidigungsbedürfnisse Japans als unbefriedigend erwiesen hätten. Das in Washington begründete Verhältnisystem lasse Japan keine Gerechtigkeit widerfahren. Die Japaner seien der Ansicht, daß es zwecklos sein würde, an Besprechungen über eine starkmäßige Begrenzung teilzunehmen, solange kein Abkommen auf demgemäßem Gebiete erreicht sei. Zur Frage der Befestigung der Flottenstützpunkte im Stillen Ozean, einer Frage, die durch den Washingtoner Vertrag geregelt war, erklärte ein Sprecher der Japaner, daß die japanische Abordnung diese Frage nicht gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung ausbhandeln könne.

In Kreisen der amerikanischen Abordnung wird das bevorstehende Ausscheiden Japans aus der Konferenz mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Einerseits bedauert man die Tatsache des Ausscheidens, andererseits empfindet man es als eine Erleichterung, daß der Vorschlag auf Festlegung einer gemeinsamen oberen Rüstungsgrenze endgültig vom Programm der Konferenz verschwunden ist. „Press Association“ stellt fest, ein Ergebnis der japanischen Haltung bestehe darin, daß die Beziehungen zwischen der britischen und der amerikanischen Abordnung sich enger gestalten.

### 16 britische Kriegsschiffe auf Kreuzfahrt

Wie vorgeesehen, haben am Dienstag 16 Kriegsschiffe der englischen Heimatflotte, nämlich zwei Linienschiffe, ein Flugzeugmuttergeschiff, drei Kreuzer und zehn Zerstörer ihre Frühjahrskreuzfahrt angetreten. Die Mehrzahl der Schiffe wird vom 17. bis 22. Januar in der Arosa-Bucht und vom 24. Januar bis zum 3. Februar in Gibraltar sein. Anschließend begeben sich die Schiffe teils nach Madeira und Las Palmas, teils nach Casablanca, Cadix und Lissabon. Bis zum 22. Februar werden sämtliche Schiffe wieder in Gibraltar verammelt sein. Die ersten von ihnen treffen bereits zwischen dem 4. und 17. Februar in Gibraltar ein.

Die Lage auf dem Kriegsschauplatz

Regen verhindert Kämpfe

Die Lage auf dem Kriegsschauplatz wird gegenwärtig durch eine rege Erkundungstätigkeit der italienischen Flieger und durch Geplänkel an allen Frontabschnitten gekennzeichnet.

An der Nordfront haben die in der letzten Zeit aufgetretenen großen Regenfälle auf italienischer Seite nahezu jede Rückzugsbewegung unmöglich gemacht.

Man ist in abessinischen Militärfreien der Auffassung, daß sich diese italienischen Verteidigungsneister über kurz oder lang werden ergeben müssen, da der Nachschub ebenso wie der Rückzug fast ausgeschlossen ist.

Schwieriger Vorstoß im Süden

Die von der Südfront einlaufenden Meldungen lassen darauf schließen, daß die Italiener nach der Räumung der Ogaden-Provinz ihren geplanten Vormarsch auf die Provinz Bali weiter fieberhaft vorbereiten.

Bombenabwürfe auf Sokota

Abessinische Meldungen von der Nordfront besagen, das Gebiet von Sokota im Südwesten von Makalle werde täglich durch italienische Bombenflugzeuge heimgesucht.

Italienische Erklärung

Gegenüber den immer bestimmter auftretenden Meldungen über neue Vermittlungsversuche oder Friedenspläne zum italienisch-abessinischen Streit wird von amtlicher italienischer Seite erklärt, daß italienischerseits solche Pläne nicht bestehen und auch nicht bekannt geworden seien.

Schwedische Beschwerdennote in Rom überreicht

Stockholm, 15. Januar. Der Außenminister gab bekannt, daß der schwedische Gesandte in Rom am Dienstag der italienischen Regierung eine Note wegen des italienischen Bombenabwurfes auf die schwedische Note-Kreuz-Abteilung in Abessinien überreicht habe.

Die schwedische Regierung nimmt Kenntnis von dem Verhalten der italienischen Regierung, daß schwedische Staatsangehörige von dem Bombenabwurf getroffen wurden und erwartet, daß eine Untersuchung der Verantwortlichkeit an dem Bombenabwurf durch Italien mit aller Beschleunigung geführt wird.

Gedenktage für den 18. Januar.

1701: Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg nimmt als Friedrich I. die Königswürde an. - 1726: Der General Heinrich Prinz von Preußen, Bruder Friedrichs II., in Berlin geb., Sieger von Freiberg i. Sa. (gest. 1802). - 1857: Der preussische General der Infanterie, Otto v. Below in Danzig geb. - 1871: Erneuerung der deutschen Kaiserwürde. Wilhelm I., König von Preußen, wird Deutscher Kaiser. - 1871: Der Dichter Eberhard König zu Grünberg in Niederschlesien.

Leitpruch für den 16. Januar

Faßt an und helft mit! Deutschland wird das sein, was Ihr und wir alle aus ihm machen. Dr. Ley aus den Begrüßungsworten für die Deutschen an der Saar.

Moskau treibt zur Weltrevolution

Neue Hezrede gegen Deutschland

In seiner Rede beschäftigte sich Lofowski besonders mit Japan, das er mehrfach in heftigster Weise angriff. Er brauchte u. a. die Wendung:

daß die Sowjetregierung eine besondere fernöstliche Armee eigens geschaffen habe, „um diese lieben Gäfte zu empfangen“.

Wenn jüngst, so fuhr er fort, ein amerikanischer Journalist geschrieben habe, die Sowjetunion könne bei einer Niederlage in einem fernöstlichen Krieg ebenfalls ihre Gebiete im Fernen Osten verlieren, Japan hingegen müsse mit dem Verlust seiner Hauptstadt Tokio rechnen, so müsse er sagen, die Sowjetunion beabsichtige nicht, Tokio zu übernehmen. Wohl aber könne es sein, daß in einem solchen Falle die japanischen Proletarier ihre eigene Hauptstadt besetzen würden.

Ueberhaupt könnten die „Imperialisten“, nämlich Deutschland, Polen und Japan, überzeugt sein, daß ein Krieg gegen die Sowjetunion auch einen Krieg im eigenen Lande bedeute.

Nach dieser Anspielung auf Umsturz Hoffnungen, mit denen man sich in Moskau nach wie vor trage, wurde Lofowski, der anscheinend vergessen hatte, daß er nicht auf der Tribüne der Komintern sprach, noch deutlicher und sagte: „Wir wissen, gegen wen die Proletarier dieser Länder ihre Gewehre kehren werden. . . Ihr wollt Krieg haben, ihr Herren, probiert es! Und ihr werdet in euren eigenen Werken, Fabriken und Kolonien Krieg haben.“ (1)

Diese Ausführungen Lofowskis sind deutlich genug. Es muß unterstrichen werden, daß es sich bei dieser Hezrede diesmal nicht um eine Veranstaltung der Komintern gehandelt hat, die, wie man eifrig betont, angeblich nichts mit der Sowjetregierung zu tun hat. Diese Sätze wurden vielmehr auf einer Versammlung gesprochen, die sich zur Betonung ihres amtlichen Charakters gerne „Sowjetparlament“ nennt.

Sowjetrussischer Heereshaushalt von 14,8 Milliarden Rubel angenommen

In der gestrigen Vormittagsitzung des Hauptvollzugsausschusses sprach Molotow das Schlusswort zur Debatte über den Wirtschaftspland für 1936. Anschließend wurde die Entscheidung angenommen,

daß der Hauptvollzugsausschuß voll und ganz die Innen- und die Außenpolitik der Regierung billige und den Plan für 1936 bestätige.

Auf der gestrigen Abenditzung, zu der Stalin wieder erschienen war, hielt Finanzkommissar Grinko sein Referat über den Staatshaushalt für 1936. Grinko hob wiederholt hervor, daß die Sowjetunion infolge der durch die Stachanow-Bewegung gesteigerten Produktion auf bedeutende Erhöhung der Staatseinnahmen rechnen könne. Im übrigen waren die Ausführungen Grinkos ziemlich vernehmlich. Da innerhalb der Sowjetwirtschaft teils Verrechnungsverkehr, teils Geldverkehr besteht, ergeben die Angaben des Staatshaushaltes durchaus kein vollständiges Bild über die ganze Finanzgebarung. Grinko nannte zum Beispiel nicht die Einnahmen des Staates aus dem Binnenhandel, die seit der Abschaffung der Lebensmittelkarten erheblich zugunsten des Staates gestiegen sein müssen.

Die größte Beachtung verdienen die Zahlen, die Grinko über die Aufwendungen für Heereszwecke nannte. Der Vor-

anschlag für 1935 hätte für Heereszwecke 6,5 Milliarden Rubel festgelegt. Durch die Nachforderungen des Verteidigungskommissariats habe sich diese Summe auf 8,2 Milliarden Rubel erhöht. Für das Jahr 1936 seien für Heeresausgaben 14,8 Milliarden Rubel vorgesehen.

Der Haushaltsvoranschlag der Sowjetunion

Faßt 40 v. H. für militärische Zwecke

In einer am Dienstagabend erschienenen Broschüre „Materialien zum Volkswirtschaftsplan der Sowjetunion 1936“ wird der Staatshaushaltsvoranschlag für 1936 veröffentlicht. Danach sollen Einnahmen und Ausgaben 82,9 Milliarden Rubel betragen.

Davon entfallen auf der Einnahmeseite auf Warenumsatz und Handel 62,5 Milliarden (über 10 Milliarden mehr als 1935, was sich durch die Abschaffung der Lebensmittelkarten erklärt).

Die Ausgabenseite sieht 40,7 Milliarden für Investitionen in Unternehmungen der Volkswirtschaft vor, darunter 14,5 Milliarden für die Industrie. Dieser Teil der Ausgaben des Sowjethaushaltes ist in solchem Umfang nur innerhalb einer vollkommen verstaatlichten Wirtschaft denkbar und in keinem anderen Staatshaushalt vorhanden. Sämtliche übrigen Ausgaben, die allein einen Staatshaushalt in europäischem Sinne darstellen, belaufen sich auf 40,2 Milliarden Rubel. Davon entfallen, wie bereits gemeldet,

auf den Militärhaushalt 14,8 Milliarden Rubel, d. h. fast 40 v. H. des eigentlichen Staatshaushaltes.

Arabische Unruhen befürchtet

Moskauer Wählerarbeit im Vorderen Orient.

Es liegen sehr greifbare Anzeichen dafür vor, daß Moskau unter Benutzung der internationalen Spannung, der Unruhe am Mittelmeer und der Erregung der Araber von Ägypten bis Syrien bestrebt ist, die in Palästina herrschende jüdisch-arabische Spannung nach Kräften zu schüren. Moskau will offenbar auf diese Weise über den Umweg einer nationalen Revolution im Vorderen Orient die bolschewistische Revolution vorbereiten. Sowjetrussische Gelder fließen immer reichlicher in die arabischen Kampforganisationen. Allein in den letzten beiden Monaten sind an gewisse arabische Vermittler 12.000 Pfund gezahlt worden. Mit diesen Geldern wird eine umfangreiche Einfuhr von Waffen durchgeführt, die teilweise japanischer Herkunft sind und ihren Weg über Transjordanien und die Sinai-Halbinsel nehmen. Die arabische nationale Bewegung und ihre Presse, die in der letzten Zeit sich gegenüber England noch angriffs-lustiger zeigt als gegen die Juden, bleibt offenbar zumeist in Unkenntnis der wirklichen Drahtzieher.

Die arabischen bewaffneten und ausgebildeten kommunistischen Abteilungen zählen zur Zeit 8000 Mann. Doppelt so stark ist der diesen Abteilungen zur Verfügung stehende Ertrag. Auf Moskauer Anweisung hin, die über Damaskus kommt, sollen die arabischen Unruhen in dem Zeitraum bis Ende Februar ausbrechen, und zwar beginnend mit Ueberfällen nicht nur auf die Städte, sondern auch auf die jüdischen Landbesiedlungen in Nordpalästina. Auch Ueberfälle auf englische Polizeistationen sind vorgesehen.

Die Unabhängigkeit des Richters

Nur untertan dem Lebensgesetz des Volkes

Der Reichsjuristenführer, Reichsminister Dr. Frant, hatte eine Tagung der Gesamtertreter der deutschen Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger in das Haus der Deutschen Rechtsfront nach Berlin einberufen. Zweck dieser Beratung war, im Interesse des Ansehens des deutschen Rechts einen Schutzwall gegen falsche, antinationalsozialistische Vorstellungen von dem Begriff der richterlichen Unabhängigkeit im Dritten Reich zu errichten und gegen bürokratische Bevormundung Stellung zu nehmen.

Der Reichsjuristenführer zeigte den Gedanken des von behördlichen Befehlen unabhängigen und nur durch seine nationalsozialistische Weltanschauung gebundenen Richters auf. Das, was dem Richterberuf seinen Gehalt gebe, so betonte er, komme nicht aus seiner Eigenschaft als Beamter, sondern aus seiner Eigenschaft als Repräsentant des ewigen Rechts und Träger der ewigen Blutgesetze unseres Volkes. So müsse an die Stelle überlebter Formalordnungen wieder der Appell an die Blutsordnung treten. Wer den Richter verkümmern ließe, der würde die einzige geschichtliche Chance der Stabilisierung von Machtverhältnissen verlieren.

Die Worte des Führers von der Unabhängigkeit des Richters seien so zu verstehen, daß der Richter frei ist in seinen Entscheidungen, nur untertan dem Lebensgesetz des Volkes. Die Formalgesetze dürften keine Fesseln für den Richter sein, sondern nur Anhaltspunkte zur Förderung der Gemeinschaft des Volkes darstellen. Rechtssprechung solle freimütige, lebenswirklichkeitsnahe Volksdienstleistung sein. Der Nationalsozialismus schütze den Richter in seiner Unabhängigkeit auf dem Boden der nationalsozialistischen Weltanschauung und Volksführung, aber er verlange von ihm die Zugehörigkeit zu jenem weltanschaulichen und Willensbildungsbereich, dem der Richter und seine Entscheidungen angehören. Der Nationalsozialismus werde keine weltanschaulich losgelöste, über uns flackernde und in diesem Sinn unabhängige Rechtssprechung im zeitlosen Raum dulden können, sondern er müsse verlangen, daß auch die Rechtssprechung des Dritten Reiches ein Bestandteil der Gemeinschaftsgliederung unseres Volkes ist.

Sodern ein Gesetz oder eine Verordnung formaler Art mit der Unterchrift des Führers vorhanden ist, sei der Richter weiterer weltanschaulicher Bedenken enthoben.

Die weiteren Vorträge dienten der Untermauerung der vom Reichsjuristenführer aufgezeigten Gedankengänge, die Professor Dr. Eckardt am Schluß eines historischen Rückblicks auf den Werdegang des Richters in folgende Leitsätze zusammenfaßte:

1. Der Richter ist nicht als Hoheitsträger des Staates für den Staatsbürger gesetzt, sondern er steht als Glied in der lebendigen Gemeinschaft des deutschen Volkes. Es ist nicht seine Aufgabe, einer über der Volksgemeinschaft stehenden Rechtsordnung zur Anwendung zu verhelfen oder allgemeine Wertvorstellungen durchzusetzen, vielmehr hat er die konkrete völkische Gemeinschaftsordnung zu wahren, Schädlinge auszumergen, gemeinschaftswidriges Verhalten zu ahnden und Streit unter Gemeinschaftsgliedern zu schlichten.

2. Grundlage der Auslegung aller Rechtsquellen ist die nationalsozialistische Weltanschauung, wie sie insbesondere in dem Parteiprogramm und den Äußerungen des Führers ihren Ausdruck findet.

3. Gegenüber Führerentscheidungen, die in die Form eines Gesetzes oder einer Verordnung gekleidet sind, steht dem Richter kein Prüfungsrecht zu. Auch an sonstige Entscheidungen des Führers ist der Richter gebunden, sofern in ihnen der Wille, Recht zu setzen unzweideutig zum Ausdruck kommt.

4. Gesetzliche Bestimmungen, die vor der nationalsozialistischen Revolution erlassen sind, dürfen nicht angewandt werden, wenn ihre Anwendung dem heutigen gefunden Volksempfinden ins Gesicht schlagen würde. Für die Fälle, in denen der Richter mit dieser Begründung eine gesetzliche Bestimmung nicht anwendet, ist die Möglichkeit zu schaffen, eine höchstrichterliche Entscheidung herbeizuführen.

5. Zur Erfüllung seiner Aufgaben in der Gemeinschaft muß der Richter unabhängig sein. Er ist nicht an Weisungen gebunden. Unabhängigkeit und Würde des Richters machen geeignete Sicherungen gegen Beeinflussungsversuche und ungerechtfertigte Angriffe erforderlich.

Am 19. Januar „Erinnerungsammlung“ des WSW! Politische Leiter sammeln am Sonntag, 19. Januar für das WSW!

Die Schulungslager der sächsischen HS

Im Fortgang der Schulungslager der sächsischen HS, die zur Zeit in acht Jugendherbergen Sachsens laufen, setzte sich im Presseschulungslager in Leipzig der Pressereferent der Landesstelle Sachsen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, Pg. Kuderer, mit den Fragen der Ausgestaltung der Jugendbeilagen auseinander; er wies darauf hin, daß die Berichterstattung der HS alle Arbeitsgebiete der Hitler-Jugend umfassen müsse, um ein möglichst vielfältiges Bild von der Arbeit der Hitler-Jugend zu geben und die Beilagen für alle lesenswert zu machen.

Im Lager der Abteilung für körperliche Schule in der Jugendherberge am Baitenberg betonte der Abteilungsleiter, daß die Arbeit der HS davon ausgehe, daß jeder Deutsche nicht nur das Recht sondern sogar die Pflicht habe, seinen Körper zu stärken, um als gesunder Mensch seinen Aufgaben für Volk und Vaterland nachkommen zu können. Als allgemeine Grenze für die Körperkultur besonders der Jugend ist eine Leistungsprüfung festgelegt worden, die unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse im kommenden halben Jahr in Sachfen planmäßig durchgeführt werden soll. Sportliche Wettkämpfe zeigen, daß die HS-Stellenleiter der sächsischen Banne und Jungbanne auch sportlich allerhand zu leisten vermögen.

Die Gesundheits-Abteilung hat ihre Mitarbeiter, ebenso wie die Abteilung Grenz- und Ausland, in der Jugendburg Hohnstein zusammengefaßt.





2. Ziehung 3. Klasse 208. Sächsischer Landeslotterie

2. Ziehung am 14. Januar 1936.

(Ohne Gewähr.) Alle Nummern hinter welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 144 Mark gezogen.

Table with lottery numbers and winners. Includes names like 'S. Jarmulowsky & Co. I. Bern. Franz Mengel, Leipzig' and various prize amounts.

Die Heimat des Bockbiers

Bockbierfeste werden gegenwärtig in vielen Orten gefeiert. Wo das erste Bockbier getrunken wurde, wird sich mit völliger Sicherheit nicht feststellen lassen.

Ueber die Beschaffenheit des Einbecker Bieres sind uns aus dem 16. Jahrhundert begeisterte Urteile überliefert. Der niederländische Chronist Legner preist es im Jahre 1596 in seiner Chronik mit den Worten: „Es ist ein herrlich, ruhmwürdig, gesundt Bier und ein fast lieblich Getrend, davon ein Mensch, mäßiglich genossen, ohne Veraburg seiner Vernunft und ohn alle Verseerung seiner Gesundheit wol frölich seyn kann.“

Warum Bauernhofbegehungen?

Stellt die erste Erzeugungsschlacht 1934/35 gemessermäßig einen Aufklärungs- und Eroberungskrieg dar, so kann man die zweite Erzeugungsschlacht 1935/36 mit einem Stellungskrieg vergleichen, bei dem es gilt, die glücklich eroberten Stellungen zu behaupten und auszubauen.

Mit der Durchführung dieser Hofbegehungen ist ein Begehungsausschuß betraut, der sich zusammenlegt aus dem Ortsbauernführer, dem Ortsbeauftragten für die Erzeugungsschlacht, einem tüchtigen Vieh- und Ackerwirt und dem Bezirks- oder Kreisbauernführer.

Man muß wissen, daß jeder einzelne Hof einen Teil des großen Hofes „Deutschland“ darstellt, und jede Abheilung eines Mangels in diesem Kampf der Erzeugungsschlacht dem ganzen Volk zugutekommt.

Der sächsische Bauer sollte deshalb zu seinem Nutzen alles tun, um den ehrenamtlich tätigen Berufskameraden der Begehungsausschüsse die Arbeit zu erleichtern und vertrauensvoll ihre Ratschläge entgegenzunehmen.

„Feinde der Ernte“ — Vortrag im Reichsender Leipzig Am 16. Januar, 11.45 Uhr, spricht der Leiter der Hauptabteilung II der Landesbauernschaft Sachsen, Georg Bennewitz, Dresden-Nickern, über „Feinde der Ernte“.

Kirchgemeinde Oberlichtenau

Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr im Gasthof Gräfe Vortrag von Herrn Missionsinspektor Lehmann: Kirchliches Leben in Indien

Großer öffentl. Masken-Ball

am Sonnabend, den 1. Februar 1936, ab abends 7 Uhr im Lindengasth. Oberlichtenau. Veranstalter vom Allgemeinen Turnverein Oberlichtenau.

DUF. RBG. Bau Versammlung

Freitag, den 17. Januar 1936, abends 19,30 Uhr Hotel „Grauer Wolf“. Es spricht Pg. Zimmermann, Baugenauarbeiter erscheint alle! Keiner darf fehlen!

Advertisement for bicycles: 'Jetzt am billigsten das gute Edelweiss Katalog gratis' with a bicycle illustration.

Reichswetterdienst, Ausgabeort Dresden für Donnerstag, 16. Januar 1936. Abflauende Winde, wechselnde Bewölkung, anfangs noch Neigung zu Schneefällern, später vielfach aufheiternd.

Mädchen für den Betrieb gesucht Vorzuffellen nachmittags zwischen 5-6 Uhr.

Buchdruckerei K. Hoffmann 15 jähriges Hausmädchen für 1. Februar 1936 gesucht. Café Schöne, Königsbrück Lindenburg-Strasse

Ihr Vieh gedeiht besser, wenn Sie dem Futter Novital Dorsch-Lebertran-Emulsion Brockmann's Futter-Kalk oder Futter-Kalk Bauernfreude beifügen! Ihr Lieferant dafür ist die Central-Drog. Jentsch

Aelt. Landwirt (Witwer) vermögend, sucht Wirkungskreis in herrenloser Wirtschaft. Kl. Gut od. einfach. Geschäft. Dfirt. u. A 15 a. d. Geschft. dt. Ztg.

Kinder brauchen viel Höhensonne! Pauschalreisen billig. Kurbad Pulsitz

Ehren-Erklärung Die von mir gegen Max Zimmermann verbreiteten Gerüchte nehme ich als unwahr zurück und warne Jeden vor Weiterverbreitung. Pauline verw. Dreßler

Gestern früh 1/2 5 Uhr verschied kurz nach seinem 90. Geburtstag sanft und ruhig unser lieber Vater, Schwieger-, Groß- und Ururgroßvater Louis Schäfer In stiller Trauer die Hinterbliebenen

Robert Klotsche im 71. Lebensjahre zum ewigen Frieden eingegangen. Die tieftrauernden Hinterbliebenen Leppersdorf, den 15. Januar 1936. Die Beerdigung findet Freitag 1/2 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Statt Karten Für die vielen Beweise der Liebe und Wertschätzung beim Heimgange unserer lieben unvergeßlichen Mutter sowie für die aufrichtige Anteilnahme an dem Schicksalsschlag, der uns betroffen hat, sprechen wir hierdurch unseren herzlichsten und innigsten Dank aus.

Bernhard Beyer zugleich im Namen der Kinder, Enkel und Geschwister

Am Mittwoch verließen nach heute beendeter Ziehung an größeren Gewinnen: 1 zu 5000, 1 zu 2000 A u. v. a. m.

Neueste Drahtberichte

Amerikanisches Passagierflugzeug abgestürzt New York. Ein Passagierflugzeug der American de Air Lines, das sich auf dem Fluge nach Los Angeles befand, stürzte in der Nähe von Goodwin ab. 14 Fahrgäste, darunter die beiden Piloten und die Stewardess, fanden den Tod.

Schwere Grubenexplosion

Sofia. Auf Halkaido hat nördlich von Capparo eine schwere Grubenexplosion stattgefunden. Bis her sind 18 tote gezählt worden.









